



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

139. Sitzung (öffentlich)

30. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:37 Uhr bis 17:39 Uhr

Vorsitz: Heike Gebhard (SPD)

Protokoll: Carolin Rosendahl

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
1 Berufseinmündung und Berufsverbleib in der Pflege in NRW (Präsentation s. Anlage)	8
– mündlicher Bericht von Professor Dr. Michael Isfort (Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung e. V.)	
– Wortbeiträge	
2 Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Ausbreitung des Coronavirus und in diesem Zusammenhang getroffene Maßnahmen	17
– mündliche Berichte der Landesregierung	
– Wortbeiträge	
3 Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch	35

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15188 Neudruck
Vorlage 17/5904
Vorlage 17/6576

Ausschussprotokoll 17/1682 (Anhörung vom 13.01.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 Viertes Gesetz zur Änderung des Krankenhausgestaltungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

37

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15517

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/16917

Ausschussprotokoll 17/1717 (Anhörung vom 02.02.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

5 Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Reform des Vormundschafts- und Betreuungsrechts und zur Änderung des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten 42

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/16317

Ausschussprotokoll 17/1758 (Anhörung vom 16.03.2022)

- Auswertung der Anhörung
- abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

6 Prävention und soziale Teilhabe von Seniorinnen und Senioren stärken! Pflegebedürftigkeit und Vereinsamung strukturell entgegenwirken! Gemeindegewerkschaft Plus Modelle in NRW erproben! 45

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/15641

Ausschussprotokoll 17/1726 (Anhörung vom 08.02.2022)

- abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

7 Lebenswerte Quartiere in Städten und Gemeinden 47

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/16267

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Stellungnahme 17/4926

Stellungnahme 17/4928
Stellungnahme 17/4931
Stellungnahme 17/4939
Stellungnahme 17/4949
Stellungnahme 17/4953

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

8 Coronapolitik der Landesregierung individualisieren und endlich auf valide Daten stützen. 48

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/16477

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

9 Verwaltungsvereinbarung über die Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe beim Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland 49

Unterrichtung
durch den Präsidenten des Landtags
Drucksache 17/16856
Vorlage 17/661

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Verwaltungsvereinbarungsentwurf zur Kenntnis.

10 Aktueller Krankenhausplan – Aktualisierung einer Zentrumsregelung aufgrund einer Fristanpassung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 50

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6694

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stellt fest, dass er angehört wurde.

**11 Konsequent in die Zukunft – Bericht zur Strukturreform des NRW-
Arbeitsschutzes (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) 51**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/6646

– Wortbeiträge

12 Verschiedenes 54

hier: Verabschiedung der Vorsitzenden Heike Gebhard 54

* * *

3 Gesetz zur Änderung des Wohn- und Teilhabegesetzes sowie des Ausführungsgesetzes zum Neunten Buch Sozialgesetzbuch

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/15188 Neudruck
Vorlage 17/5904
Vorlage 17/6576

Ausschussprotokoll 17/1682 (Anhörung vom 13.01.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

*(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuss für Arbeit,
Gesundheit und Soziales am 07.10.2021)*

Zur Beratung im Plenum würden noch ein Änderungs- und ein Entschließungsantrag vorgelegt, kündigt **Stefan Lenzen (FDP)** an. Dies geschehe erst dann, weil die regierungstragenden Fraktionen derzeit noch Gespräche dazu mit anderen Fraktionen führten. Trotzdem könne im Ausschuss schon heute über den Gesetzentwurf abgestimmt werden.

Seine Fraktion werde sich bei der heutigen Abstimmung enthalten, weil sie es einerseits für richtig halte, dass mit dem Gesetzentwurf weitreichende Möglichkeiten zur Verbesserung des Schutzes vor Gewalt eingeräumt würden, führt **Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE)** aus. Mit deren Ausgestaltung und Umsetzung müsse sich in der nächsten Legislaturperiode dann noch weiter befasst werden.

Andererseits halte die Grünenfraktion die für Doppelzimmer in der Kurzzeitpflege vorgesehene Befristung für problematisch und verstehe nicht, warum die Evaluation bei der Kurzzeitpflege entfalle, da sie sich bewährt habe.

Dem Schutz vor Gewalt für Menschen mit Behinderung müsse oberste Priorität eingeräumt werden, erklärt **Josef Neumann (SPD)**. Er dürfe ebenso wie der Schutz der Menschenwürde insgesamt nicht aufgrund finanzieller Aspekte nur eingeschränkt funktionieren. Zur Umsetzung der Maßnahmen in Bezug auf Aufsichtspflichten entstünden Kosten. Diesbezüglich finde sich allerdings keine abschließende Klärung im Gesetzentwurf, weshalb auch seine Fraktion sich bei der heutigen Abstimmung enthalten werde.

Peter Preuß (CDU) kündigt an, dass seine Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen werde, weil sie es für eine Pflicht halte, Menschen, insbesondere schutzbedürftige, vor Gewalt zu schützen. Anlässlich eines bestimmten Vorfalles seien Strukturmängel zutage getreten.

Die Vorschläge der Expertenkommission „Herausforderndes Verhalten und Gewalteschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe“ fänden im Gesetzentwurf Berücksichtigung.

Die Menschenwürde habe in der Tat vor finanziellen Gesichtspunkten immer Vorrang, knüpft **Dr. Martin Vincentz (AfD)** an die Äußerung von **Josef Neumann (SPD)** an.

Da der Änderungsantrag noch nicht vorliege, könne er sich nur auf die Aussagen der Sachverständigen im Rahmen der Anhörung beziehen, die erhebliche Probleme bei der Umsetzung befürchteten. Trotz des hehren Ziels des Gesetzentwurfs könne er diesem daher heute nicht zustimmen und werde sich ebenfalls enthalten.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.